Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Amtsblatt für die Amtshauptmannschaft Flöha, die Staats- und Gemeindebehörden zu Frankenberg

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Roßberg sen. in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag: C. G. Roßberg in Frankenberg i. Sa.

№ 120 | Donnerstag den 27. Mai 1920 nachmittags | 79. Jahrgang

Kundenanmeldung zum Bezug von Nährmitteln Margarine und zuckerhaltigen Streichmitteln

1. Die Anmeldung zum Bezug von Nährmitteln, Margarine und zuckerhaltigen Streichmitteln für die Wochen vom 6. Juni bis 28. August dieses Jahres hat mittelst des Anmeldeabschnittes der Nährmittelkarten des Kommunalverbandes in der Zeit vom 1. bis 3. Juni dieses Jahres in dem Geschäft, in dem der Einkauf der Nährmittel in den vorbezeichneten Wochen bewirkt werden soll, zu erfolgen.

Die hierfür nötigen neuen Nährmittelkarten werden in den nächsten Tagen ausgegeben werden.

2. Nur Nähr- und Streichmittelkarten, die zur Belieferung fristgemäß angemeldet worden sind, können in dem oben angegebenen zwölfwöchigen Zeitraum beliefert werden.

3. Im vorangegebenen Zeitraum neu zuziehende Personen haben ihre Voranmeldung zum Bezug vorbezeichneter Lebensmittel bei dem von ihnen gewählten Geschäft jeweils sofort zu bewirken.

4. Die Inhaber und Leiter der für die Belieferung der Nährmittelkarten in Betracht kommenden Geschäfte haben die sich anmeldenden Kunden in die Kundenliste einzutragen. Es wird nachgelassen, die für den verflossenen Ernährungsabschnitt geführte Kundenliste auch für den neuen Versorgungszeitraum zu verwenden. Etwa ausscheidende Kunden würden zu streichen und neue Kunden nachzutragen sein. Die in der Verwahrung der Bezugsvereinigung für den Kommunalverband Flöha befindlichen, den Verkaufsgeschäften durch die Gemeindebehörden zugehenden zweiten Ausfertigungen der Kundenlisten sind von den Geschäften mit den Hauptkundenlisten in Uebereinstimmung zu bringen und sodann unter Anfügung der Hauptkundenlisten an die Gemeindebehörde abzugeben.

5. Mit den Kundenlisten sind gleichzeitig die zu je 50 Stück gebündelten und nach den verschiedenen Farben der Kartenabschnitte an die Gemeindebehörde des Ortes, in dem sich das Geschäft befindet, spätestens bis zum 4. Juni dieses Jahres einzureichen. Die Gemeindebehörden haben eine Ausfertigung der Kundenliste nach Prüfung an das betreffende Geschäft zurückzugeben und das zweite Stück unter Beifügung der Anmeldeabschnitte spätestens bis zum 6. Juni dieses Jahres an die Bezugsvereinigung des Kommunalverbandes Flöha abzusenden.

Flöha, am 26. Mai 1920.

Der Kommunalverband der Amtshauptmannschaft Flöha.

In der Woche vom 24. bis 30. dieses Monats werden für Personen über 6 Jahre 75 Gramm Frischfleisch bezw. -Wurst und 75 Gramm ausländisches Rindergefrierfleisch sichergestellt. — Kinder unter 6 Jahren erhalten die Hälfte dieser Mengen. Der Preis für 1 Pfund Frischfleisch bezw. -Wurst wird auf 4,80 Mk. und für 1 Pfund Rindergefrierfleisch auf 11,80 Mk. festgesetzt.

Flöha, am 26. Mai 1920. Der Vorsitzende des Kommunalverbandes.

Kirchenvorstandssitzung

Montag den 31. Mai nachmittags 4 Uhr

Wagenplatz-Vermietung

Der neben dem früher Pönischschen Hause an der Feldstraße gelegene bisherige Wagenplatz, der sich auch für andere Zwecke eignet, ist anderweit zu vermieten.

Angebote werden bis Ende Mai dieses Jahres erbeten.

Stadtrat Frankenberg, am 25. Mai 1920.

Brennstoff-Versorgung

Freitag den 28. Mai 1920 auf Marke 4 der Kohlengrundkarte: Brikette 14 Mk. 20 Pfg. pro Zentner bei Assoziation, Böhme, Eckhardt, Günther, Hammer, Heym, Kämpfe, Ludwig, Meders, Löffler, Dehme, Stephan und Biertel Nachfolger.

Die Brennstoffe sind bis 29. Mai 1920 abzuholen, sonst verfällt Marke 4.

Abrechnungstag der Händler: 31. Mai 1920.

Frankenberg, den 27. Mai 1920. Ortskohlenstelle des Stadtrates.

Ersatz von Lebensmittelkarten betreffend

Es wird wiederholt versucht, durch Anzeige angeblich in Verlust geratener Lebensmittelkarten sich widerrechtlich in den Besitz einer Ueberzahl Lebensmittelkarten zu bringen. In vielen Fällen ist dies auch gelungen, da durch falsche Darstellung der wahre Sachverhalt nicht ergründet werden konnte.

Diesen immer mehr um sich greifenden Unfug muß gesteuert werden. Es wird hiermit bekannt gegeben, daß nunmehr Ersatz von in Verlust geratener Lebensmittelkarten aller Art nicht mehr geleistet wird. Jedermann hat die peinlichste Sorgfalt auf sichere Verwahrung sämtlicher Lebensmittelkarten zu verwenden.

Frankenberg, den 27. Mai 1920. Lebensmittel-Abteilung des Stadtrates.

Allgemeine Ortskrankenkasse Gunnersdorf

Ausschuß-Sitzung

Sonnabend den 29. Mai ds. Js. nachm. 1/2 5 Uhr in Herges Gasthaus (Gunnersdorf)

Tagesordnung:

1. Ablegung der Jahresrechnung 1919 und Richtigsprechung derselben.
2. Anträge — solche sind bis zum 27. Mai beim Vorsitzenden der Kasse einzureichen.
3. Beschlußfassung über Beitritt zum Verband von Orts-, Betriebs- und Landkrankenkassen im Bezirk der Amtshauptmannschaft Flöha.
4. Beschlußfassung der neuen Dienstordnung für die Angestellten.
5. Sonstiges.

Die gewählten Vertreter werden um vollzähliges Erscheinen gebeten.

Gunnersdorf, den 19. Mai 1920. Der Vorstand. Carl Berthold, Vors.

Schluß der Anzeigenannahme: Für Familiennachrichten vormittags 9 Uhr des Erscheinungstages; für alle anderen Anzeigen am Abend vor dem Erscheinungstag.

Die Frau in Wahl und Leben

Am 6. Juni werden die Stimmen der Frauen gewiß bei der Wahl zum Reichstag eine große Rolle spielen, denn sie merken den Druck der Zeit beim Einkauf für den Haushalt besonders hart. Die Hunderttausende von Leiterinnen des Haushalts, deren Männer nicht alle paar Monate eine Teuerungszulage erhalten haben, sondern sich mit einem bescheidenen Einkommen begnügen müssen, sehen ihre letzte Hoffnung im Stimmzettel, er ist der Strohhalm, an den sie sich klammern. Ihre Parole ist, daß in der Reichswirtschaft die Grundsätze der Sparsamkeit ebenso gelten sollen, wie in der eigenen Wirtschaft. Die Kriegsjahre haben in die Frauenseele einen Zug von Entschlossenheit gebracht, der ihr früher im allgemeinen fehlte, und der von 1914—1918 dadurch betätigt wurde, daß man sich nach der Decke streckte und das schier Unmögliche verwirklichte. Ueberall hieß es mit Recht, ohne die Tatkraft der Frauen hätten wir nicht so lange ausgehalten. Das war oft übermenschlich, und so ist es nicht zu verwundern, wenn nach dem Kriege wieder das Menschliche seine Rechte verlangte, eine Schadloshaltung für die langen Entbehrungen.

Es fehlt nicht an zahlreichen Fällen heute, wo aus dieser Schadloshaltung ein üppiges Leben geworden ist. Es ist wohl nie in Deutschland so viel Kuchen gebacken, Kakao, Schokolade und verhältnismäßig auch viel Wein getrunken worden, wie gegenwärtig. Aber die Voraussetzung davon war immer, daß das Geld dazu da war. Die Erwerbung der eigentlichen Bedürfnisse für den Lebensunterhalt in der Familie war bei den teuren Preisen nicht leicht, zumal auch andere notwendige Ausgaben für Neuanschaffungen von Hausgerät, für Kohle, Wäsche, Reparaturen ungemein hoch waren. Keine besonnene Frau hat sich unter diesen Zuständen zum Wirtschaften aus dem Vollen hinreißen lassen. Geringer war die Standhaftigkeit gegen die übertriebenen Preisforderungen. Eine kurze Zurückhaltung im Kaufen würde das Treiben der Wucherer, Schieber und Schleichhändler wesentlich und dauernd eingeschränkt haben, aber dieses prinzipielle Ablehnen solcher unverschämter Zumutungen war selber nur vereinzelt und bei weitem nicht allgemein zu erzielen.

Auch dem nicht gerade erfreulichen Streben in der Industrie zur Fabrikation von Luxus-Artikeln, das allerdings zum nicht geringen Teil aus dem Mangel an Rohstoffen für einfache und solide Waren zu erklären ist, ist mit dem wünschenswerten Nachdruck erst in letzter Zeit entgegengetreten worden, als die Barmittel in vielen Familien knapp wurden. Das Schwergewicht beruht hierbei darauf, daß die erfahrenen Mütter ihre Töchter, die Frauen werden sollen und wollen, auf eine Wirtschaft der Genügsamkeit in dem Ehestand vorbereiten. Die Erwartung, daß das Geld sich in aller Zukunft in unbegrenzten Mengen über uns so weiter, wie heute in Milliarden von Papiergeld ergießen werde, kann am wirksamsten nur von den Frauen, besonders in den breiten Bevölkerungskreisen bekämpft werden. Wenn die Frauen sich genügen lassen, müssen das auch die Männer tun. Daß dies oft zur Stunde nicht der Fall ist, lehrt die Tatsache, daß auch bei mehreren Hundert Mark Wochenlohn zwischen Mann und Frau nicht selten Debatten über die Höhe des Wirtschaftsgeldes geführt werden.

Die Entwicklung Deutschlands in absehbarer Zukunft stützt sich ebenso wie das Aushalten zu Hause während des Krieges zum guten Teile auf die Tatkraft der Hausfrau. Der alte Spruch, der früher über so vielen Küchentüren zu lesen war: „Mit Vielem hält man Haus, mit Wenigem kommt man aus," muß wieder allgemein zu Ehren gelangen. Auch darin liegt eine große Triebkraft zum Abbau der Preise. Das Erste dafür ist allerdings die rechte Betätigung bei der Wahl, das Ausgeben von ungezählten Milliarden, das den Geldwert verringert und damit die Preise steigert, muß bekämpft werden. Vor 1914 war der Frauenwelt politisch Lied ein mißtönend Lied, heute ist es ein Gebot des täglichen Lebens, um nicht zu hungern, nicht zu frieren, und bei dem kommenden großen Steuerzahlen nicht den Kopf zu verlieren. Eine gute Wahl ist das Sprungbrett zu einem erträglichen Leben!

Spartakistische Mordpläne

Landrat v. Erlesenz veröffentlicht in den Grünberger Tageszeitungen einen aufgefundenen Mordbefehl gegen dreizehn angesehene Bürger der Stadt (darunter eine Frau), nach ihrer Parteizugehörigkeit Sozialdemokraten, Demokraten, Deutsche Volksparteiler und Deutschnationale. Der Mordbefehl soll am Wahltage ausgeführt und die auf der Liste Verzeichneten sollen an ihrer Arbeitsstätte oder in ihrer Wohnung umgebracht werden.

Die Urheber des Mordplanes sind der Staatsanwaltschaft in Glogau bekanntgegeben. Sie werden sich wegen Hochverrats zu verantworten haben. Die Namen der dreizehn Bürger sind: Landrat Dr. Erlesenz, Oberbürgermeister Gayl, Bürgermeister Ouvrier, Polizeiinspektor Bergande, Polizeikommissar Sprung, Kommerzienrat Laskau, Frau Johanna Brandt und ihre beiden Söhne, Kaufmann O. Schulz und Kaufmann Staub, Geschäftsführer Schropk und Hauptmann a. D. Hering.

Hiezu bemerken die „Leip. N. N.":

Zweifellos hängt mit diesem Mordplan auch die Erschießung des städtischen Oberförsters Stucky in Grünberg zusammen. Man sieht also, wie recht die Leute tun, die die kommunistische Gefahr sehr ernst nehmen.

•

Der „pommersche Rechtsputsch" — Wahlmanöver.

Die „Deutsche Tageszeitung" meldet: Die Information des „Vorwärts" in der Morgen-Ausgabe vom 25. Mai über einen neuen Rechtsputsch ist lediglich als Wahlmanöver anzusehen. Zwischen dem Pommerschen Landbund und Paderborn besteht nicht einmal Verbindung; viel weniger findet irgendeine Unterstützung der in Paderborn befindlichen Korps statt. Von der Absicht eines neuen Putsches kann keinerlei Rede sein. Diesbezügliche Erklärungen sind nach wie vor unzweideutig den Zivil- und Militärbehörden abgegeben worden.

Die Einladung nach Spa

Nur eine Fortsetzung von Versailles?

Die an die deutsche Regierung gerichtete alliierte Note, in der mit Rücksicht auf die deutschen Wahlen der Aufschub der Konferenz in Spa bis zum 21. Juni vorgeschlagen wird, hebt hervor, daß der Zweck der Konferenz sei, die Nichterfüllung feierlicher Verpflichtungen des Versailler Vertrages durch Deutschland zu erörtern und Abmachungen wegen der Sicherung der Durchführung des Vertrages in Zukunft zu treffen.

Es steht also nichts von einer Besprechung der deutschen Schuld darin. Millerand scheint ihre Festlegung noch vor der Konferenz von Spa durchsetzen zu wollen. Hoffentlich zeigen unsere Vertreter in Spa Rückgrat genug, sich dies nicht bieten zu lassen. Ueber

die nächste Zusammenkunft Millerands und Lloyd Georges

in London berichtet „Petit Parisien", obzwar noch kein definitives Datum für die nächste Reise des französischen Ministerpräsidenten Millerand und seinem Finanzminister feststeht, glaube er zu wissen, daß diese in den ersten Tagen des Monats Juni stattfinden wird. Man meint, daß Lloyd George dann schon soweit hergestellt sein wird, um die Arbeitsbedingungen in London festzusetzen.

Eine weitere Verschiebung?

Die „B. Z." will aus Rom erfahren, daß man dort ernsthaft eine weitere Verschiebung der Konferenz von Spa herbeizuführen wünsche. Es seien bereits zwischen den alliierten Regierungen Besprechungen darüber eingeleitet, da die italienische Regierung wegen des Zusammentritts der neuen Kammer kaum in der Lage sein werde, schon am 21. Juni in Spa zu erscheinen. Der neue Aufschub werde allerdings nur sehr kurz sein.

Das Urteil der Sachverständigen: Undurchführbar!

Der „Nieuwe Courant" meldet aus Paris, daß die Finanzsachverständigen der Schadenkommission einen Bericht abgestattet haben, in dem gesagt wird, daß die wirtschaftlichen Bedingungen des Versailler Vertrages undurchführbar sind und daß der ganze Abschnitt des Friedensabkommens, der sich auf diese wirtschaftlichen Bedingungen bezieht, abgeändert werden muß.

Beschlagnahmte Millionen

Von einer eigenartigen Millionenbeschlagnahme wird uns aus Berlin berichtet:

Auf dem Stettiner Bahnhof in Berlin wurde ein Russe festgenommen, der schon in Stettin bei der Ankunft mit einem Dampfer zeitweise angehalten worden war. In dem Gepäck des Russen, eines angeblichen Ingenieurs Sliwkin aus Petersburg, wurden 10 Mill. Dumarubel, 1 1/2 Mill. deutsches Geld und ein Scheckbuch vorgefunden. Das ganze Geld wurde zunächst beschlagnahmt, das deutsche Geld und das Scheckbuch jedoch wieder freigegeben, weil der Russe, der ebenfalls wieder auf freien Fuß gesetzt wurde, nachweisen konnte, daß es sich um Geld handelt, das für die Zurückbeförderung der noch in Deutschland befindlichen ehemaligen russischen Kriegsgefangenen bestimmt ist.

Seit Jahr und Tag weiß man, wozu die mehr als lästigen Ausländer die Millionen, die sie aus Rußland nach Deutschland einschmuggeln, verwenden, nämlich zur bolschewistischen Propaganda, zumindest zu Zwecken, die Deutschland zum Schaden gereichen. Mit gutem Grund hat man daher auch die Millionen dieses Sliwkin beschlagnahmt, unerfindlich ist es uns aber, warum man ihm just den wertvollsten Bestandteil seiner respektablen Reisekasse, die 1 1/2 Mill. deutsches Geld, wieder zurückgegeben hat. Auf die Ausrede, daß das Geld zur Zurückbeförderung der russischen Kriegsgefangenen dienen sollte, fällt natürlich längst kein vernünftiger Mensch mehr herein. Derartige Hilfsgelder brauchen nicht auf Schleichwegen nach Deutschland geschafft zu werden, das geht auf legalem Wege viel sicherer und schneller.